**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 32 (2013)

**Heft:** 62

**Artikel:** Gesellschaftliches Potenzial der Haus- und Betreuungsarbeit : Umverteilung statt Abwälzung auf Freiwillige und Dienstbotinnen

**Autor:** Notz, Gisela

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-651922

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 21.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Gisela Notz

# Gesellschaftliches Potenzial der Haus- und Betreuungsarbeit

Umverteilung statt Abwälzung auf Freiwillige und Dienstbotinnen

In den aktuellen Debatten um die «Zukunft der Arbeit» ist auch die Care-Ökonomie diskussionswürdig geworden. «Der Begriff Care-Ökonomie bezieht sich auf alle bezahlt und unbezahlt geleisteten Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen oder für die alltägliche Versorgung anderer Menschen zuständig sind. Diese Tätigkeiten beziehen sich auf die Umwandlung von standardisierten und industrialisierten Gütern und Dienstleistungen für einen den unterschiedlichsten Bedürfnissen angepassten täglichen Verbrauch innerhalb und ausserhalb des Haushalts, auf das Aufziehen von Kindern, auf die Pflege von Menschen und andere Formen von Beziehungsarbeit. All diese Tätigkeiten und die Art und Weise, wie sie getan werden, machen einen wesentlichen Teil des Lebensstandards einer Gesellschaft aus.» (Madörin 2001, 41)

Die Arbeitsabläufe in der Care-Ökonomie sind weit weniger planbar als jene in anderen Wirtschaftsbereichen. «Wir können zwar immer schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Alte pflegen oder Kinder erziehen.» (Madörin 2012, 11) Mascha Madörin kritisiert, dass aufgrund der Borniertheit der Wirtschaftstheorien das ökonomische Merkmal «Care», also «Sorge», in Statistiken nicht berücksichtigt wird; deshalb könne auch der Zeitanteil, der auf solche Tätigkeiten entfällt, nur geschätzt werden. Ich frage zunächst nach den Gründen, warum dies so ist. An den Beispielen Hausarbeit, Altenpflege und Kindererziehung zeige ich dann neue Entwicklungen der Care-Ökonomie in der BRD auf und ziehe daraus Schlussfolgerungen.

## Das Private ist (noch immer nicht) politisch

Schilliger (2009) führt diese Nichtbeachtung der Care-Ökonomie in der Statistik vor allem darauf zurück, dass diese Arbeiten – trotz der Forderungen der Neuen Frauenbewegung «Das Private ist politisch» – als «Privatsache» taxiert werden, jedenfalls soweit es sich um unbezahlte Care-Arbeiten handelt. Das hängt mit einem verengten Arbeitsbegriff und einem noch engeren Verständnis von Ökonomie zusammen. Schliesslich flogen 1968 die Tomaten[1], weil die Genossen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) nicht bereit waren, die Thesen der Genossin des Ak-

tionsrats zur Befreiung der Frau, Helke Sander, aufzunehmen, die in ihrer Rede auf die spezifische Ausbeutung der Frauen im öffentlichen und privaten Bereich hingewiesen hatte (Notz 2005, 30). Sie bezeichnete den SDS als «ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse», als eine Organisation, die bestimmte Bereiche des Lebens vom gesellschaftlichen abtrenne und tabuisiere, indem sie ihnen das Etikett «Privatleben» gebe. «Das Private ist politisch» wurde zum Slogan der neuen Bewegungen. Es ging um eine zentrale Kritik der patriarchalen Abhängigkeit und Unterdrückung und damit um eine grundlegende Veränderung des linken Politikverständnisses. In Erweiterung des traditionell männlichen Politikbegriffs wurde damit die politische Dimension scheinbar privater Beziehungs- und Arbeitsstrukturen hervorgehoben.

Seither gab es eine Menge Versuche, diese «abgespaltenen Tätigkeiten» (Scholz 2000, 18), die sich angeblich betriebswirtschaftlicher Rationalität im Bereich der abstrakten Arbeit widersetzen, theoretisch zu erklären und Strategien zur Lösung der mit der Trennung zwischen privat und politisch verbundenen Arbeitsteilung und damit einhergehender Diskriminierungen zu entwickeln. Zunächst thematisierten die Diskussionen eine Fülle miteinander verflochtener Aspekte: von der Forderung nach «Lohn für Hausarbeit» bis zur Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung an der Erwerbsarbeit und existenzsichernden Löhnen (auch) für Frauen (Notz 2005, 45; Dokumentation der ersten Sommeruniversität für Frauen 1977). Neue Begriffe wie «Beziehungsarbeit» wurden in der Frauenforschung verwendet. Kontos und Walser (1979, 97ff.) benutzen diesen Begriff, um damit die psychischen Dimensionen der Hausarbeit zu fassen. «Gefühlsarbeit» oder «Emotionsarbeit» soll gleichermassen die psychischen und emotionalen Belastungen, die damit verbunden sind, untersuchen (Hochschild 1990). Neue Begrifflichkeiten wie zum Beispiel «Fürsorgliche Praxis» (Senghaas-Knobloch 2008), «vorsorgendes Wirtschaften» als «haushälterisches Wirtschaften» oder «Haushalten» (Biesecker u. a. 1998) tauchten auf, oft war es alter Wein in neuen Schläuchen. Mehrmals wurde die – zumindest vorübergehende – Bezahlung von Hausarbeit gefordert.

Wobei die Absicht der Wiederherstellung der bürgerlichen Kleinfamilie mit Haupternährer und Hausfrau, zumindest für einen Lebensabschnitt, bei einigen Konzepten ebenso wenig zu übersehen ist wie bevölkerungspolitische Zielsetzungen. So verlangt der Verband der Familienfrauen und -männer (vffm)[2] ein «gebührendes Äquivalent» für Familienarbeit, weil deren (rein) ideologische Aufwertung die dort organisierten Frauen nicht mehr zufriedenstellt. Viele Frauen würden sich nach der Geburt eines Kindes bewusst dafür entscheiden, «Familienarbeit» zu leisten, somit gewissermassen einen Berufswechsel vollziehen, der gleichwertige Entlohnung verlangt (vgl. Metz 1998). In diese Richtung gehen auch Konzepte zum

«Erziehungsgehalt» (Leipert/Opielka 1998) oder «Familiengehalt» (Paul Kirchhof). Beide Konzepte operieren explizit mit einem «feministischen Arbeitsbegriff», nach dem der generative Beitrag Kindererziehung weitgehend von der Politik als «Nichtleistung» im Sinne der sozialen Sicherungssysteme definiert werde, obwohl Familienarbeit doch die Basis der Gesellschaft darstelle. Dies sei ein grosses Unrecht.[3]

Weiter geht Peter Mersch (2006), der eine Professionalisierung der Familienarbeit vorschlägt, die über eine Besteuerung von Kinderlosen zu finanzieren wäre. Mit derartigen Konzepten wird Haus- und Erziehungsarbeit unter den traditionellen Arbeitsbegriff subsumiert, mit ein wenig Taschengeld versehen, ohne dass Strukturveränderungen beabsichtigt sind. Letztlich sollen durch eine solche «Aufwertung» der häuslichen Arbeiten Frauen aus der bezahlten Arbeit in ihre alten Rollen zurückgedrängt werden. Die Exklusion aus gesellschaftlich organisierter Arbeit mit allen damit verbundenen Nachteilen – unter anderem den Schwierigkeiten der späteren Wiedereingliederung – wird reproduziert. Selbst dann, wenn die Arbeiten Männern angeboten werden, haben vor allem Frauen die Nachteile zu tragen, weil sie es sind, die aufgrund übernommener oder überkommener Rollenvorstellungen diese Arbeiten übernehmen.

## Blick auf die gesamte Ökonomie

Die Haus-, Pflege- und Sorgeökonomie und wirtschaftliche Prozesse in der informellen Ökonomie oder im Non-Profit-Bereich bleiben auch heute überwiegend Privatsache, und ihr monetärer Wert, der ungefähr drei Viertel des regulären Bruttoinlandsproduktes ausmacht, bleibt in den etablierten volkswirtschaftliche Berechnungen und Betrachtungen meistens unberücksichtigt (Madörin 2012, 11). Feministische Care-Ökonominnen fordern, dass sich das ändert und der monetäre Wert in der Errechnung des Bruttoinlandsprodukts erfasst wird. In der Schweiz erfasst deshalb das Bundesamt für Statistik mit dem «Satellitenkonto Haushaltsproduktion» die Wertschöpfung der Haushalte separat als Teilbereich der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung. Damit bleibt jedoch die Trennung bestehen. Wenn Care-Ökonomie nicht nur für eine sekundäre Ökonomie, sondern für einen Teil des Ganzen stehen soll, wird es notwendig, den Blick auf die «Arbeit als Ganzes» zu richten (Notz 2005).

Das heisst, Arbeit ist nicht nur als die instrumentell gebundene, mehr oder weniger gut oder schlecht entlohnte zielgerichtete Tätigkeit in Produktion und Dienstleistung zu verstehen, sondern Arbeit findet ebenso ausserhalb der Lohnarbeit oder einer anderen das Einkommen sicherstellenden Erwerbsarbeit statt (Notz 1987). Diese Arbeiten werden traditionell nicht dem Begriff Arbeit subsumiert, weil sie dem «Reich der Freiheit» zugeordnet sind, das dem «Reich der Notwendigkeit» entgegengesetzt wird.[4]

Sie werden jenseits der materiellen Produktion geleistet und aufgrund der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung immer noch wesentlich von einem Geschlecht erwartet und auch meist erbracht.

Ein Arbeitsbegriff, der sich auf die Analyse des gesamten Spektrums von Arbeit bezieht, unabhängig von der Entlohnung, muss auch von verschiedenen Arbeitsorten ausgehen: Neben Industriebetrieben, kleinen und mittleren Unternehmen, Verwaltungen und Projekten und Betrieben aus der Alternativökonomie sind das Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, Wohlfahrtsorganisationen, Vereine und Verbände, die bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Arbeit organisieren, Projekte der sozialen Bewegungen und freilich auch Familien oder andere Wohn- und Lebensgemeinschaften, in denen Haus- und Sorgearbeit organisiert wird. Ein solcher Arbeitsbegriff erfordert einen erweiterten Begriff von Wirtschaften, der Erwerbs-, Gemeinwesen-, Versorgungs-, Subsistenz- und Haushaltsökonomie einschliesst und gleichgewichtig betrachtet. Es geht also nicht nur um einen neuen Arbeitsbegriff oder um dessen Ergänzung durch Care, sondern um einen neuen Begriff von Wirtschaft, der alle ökonomischen Bereiche beinhaltet, den Aufbau gemeinschaftlicher, kollektiver Strukturen, in denen die Menschen selbstverantwortlich tätig werden können, diese als wichtige Arbeit berücksichtigt und den Zusammenhang zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit herstellt sowie die Trennung zwischen ökonomischen und (scheinbar) ausserökonomischen Bereichen überwindet.

Die bestehenden Geschlechterverhältnisse sind so strukturiert, dass einerseits die in der Familie und anderen Lebensformen sowie sozialen Organisationen geleistete unbezahlte Arbeit (meist Frauenarbeit) die Marktaktivitäten (meist Männerarbeit) überhaupt erst möglich macht. Andererseits sind die bezahlt geleisteten Marktaktivitäten Voraussetzung dafür, dass die Haus-, Sorge- und Fürsorgearbeiten als «unbezahlbare Arbeiten» behandelt werden können. Wesentliche wirtschaftliche Zusammenhänge können daher nicht verstanden werden, wenn der Blick nicht auf die gesamte Ökonomie gerichtet wird. Auch die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet nicht allein im Innern der Fabrik statt.

## Care-Arbeit bleibt Frauensache

Care-Arbeit wird in ihrer bezahlt und unbezahlt geleisteten Form hauptsächlich durch Frauen geleistet. Sie wird in der Zukunft noch weiter zunehmen, denn die Problemlagen und damit die Zahl derjenigen, die der Hilfe bedürfen, werden sowohl innerhalb der bezahlten Arbeit als auch der unbezahlten Arbeit angesichts der aktuellen globalen Krisen zunehmen. Madörin schätzt, dass in der Schweiz vier Fünftel der gesamten Arbeitsstunden von Frauen auf Care-Arbeiten entfallen, bei den Männern sind es

zwei Fünftel. Etwa ein Zehntel der Erwerbsarbeitsstellen der Männer gehören zur Care-Ökonomie, bei den Frauen etwa ein Drittel. Das Volumen unbezahlter Arbeit ist in der Schweiz grösser als das Volumen bezahlter Arbeit (Madörin 2007, 144). Das ist in der BRD nicht anders. Rechnet man Arbeiten dazu, die nicht der direkten «individuellen Reproduktion» zugehören, so vergrössert sich die Zahl.

Care-Arbeit wird sowohl als Lohnarbeit als auch als selbständige Arbeit, als «ehrenamtliche» Gratisarbeit oder im eigenen Haushalt verrichtet. Für das unbezahlte Arbeitsvolumen wird mit dem Ruf nach Gemeinsinn geworben, das bezahlte fällt mehr und mehr dem Sozialabbau zum Opfer oder wird mit Niedrigstlöhnen entwertet. Die unbezahlten Care-Arbeiten nehmen in dem Masse zu, wie sie im bezahlten Bereich abgebaut werden. Aus dem siebten Familienbericht der Bundesregierung (BRD) geht es deutlich hervor: Wir stehen vor einer kopernikanischen Wende bezüglich der Gestaltung von Care, weil die Rückkehr zur ehemaligen Geschlechterlösung des Ernährermodells in demokratischen Gesellschaften nicht mehr möglich sei. Konstatiert wird dennoch: «Diese Entwicklungen [Zunahme der Care-Arbeit] betreffen immer noch vorrangig den weiblichen Part in der Familie, wiewohl die Beteiligung der männlichen Seite langsam zunimmt» (BMFSFJ 2006, 170). Im Familienbericht wird offensichtlich davon ausgegangen, dass Frauen trotz zunehmender Erwerbstätigkeit weder vom Staat noch von den Männern von der enormen Gratisarbeit entlastet werden, und wenn, dann «nur langsam».

## Rückkehr der Dienstbotinnen

Verbreiteter scheinen neue Dienstbotinnenmodelle zu sein, durch die weisse deutsche Frauen auf Kosten von Frauen, die illegalisiert leben oder/und aus den armen Ländern der Welt kommen, begünstigt werden. Das ist eine schlechte Lösung des Problems, denn so werden auch diese Arbeiten weiter privatisiert. Care-Arbeit wird kommerzialisiert und verwandelt sich zu einer äusserst schlecht bezahlten Ware, die man auf dem Dienstleistungsmarkt kaufen kann. Das führt nicht nur zur Beibehaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, sondern auch zu neuen Unterschichtungen (auch) unter Frauen. Was Lily Braun bereits um die Jahrhundertwende schrieb, gilt auch heute noch: «Der Arbeiter verkauft einen, wenn auch den allergrössten Teil seiner Arbeitskraft, der Dienstbote verkauft seine Person.» (Braun 1979, 46) Und heute gibt es keine Dienstmädchenvereine, die – wie im Zusammenhang mit der «alten» Frauenbewegung – für mehr Rechte dieser extrem ausgebeuteten Frauen kämpfen. Die Frage, ob unter emanzipatorischen Gesichtspunkten eine Ausweitung des Beschäftigungsfelds von DienstbotInnen überhaupt wünschenswert ist, wird nicht mehr kritisch diskutiert, im Gegenteil: Die Rückkehr der

Dienstbotengesellschaft wird als Innovation gefeiert. Dass die Pflege von hilfsbedürftigen Menschen und die Erziehung von Kindern gut ausgebildetes Personal voraussetzen, das dann auch entsprechend zu entlohnen ist, wird dabei ausser Acht gelassen.

Wenn die Rollenaufteilung zwischen Haupternährer und Hausfrau bzw. Zuverdienerin in kleinfamilialen Lebensformen nicht bzw. nur auf Kosten anderer Frauen aufzuweichen ist, dann wird es notwendig, die Kritik an der kleinfamilialen Lebensform, wie sie Anfang der 1970er-Jahre (in der BRD) geführt wurde, ebenso wieder aufzunehmen und zu diskutieren wie die Kritik an der betrieblichen Arbeitsorganisation und am Arbeitsbegriff (vgl. Notz 2004). Für Menschen in weniger gut situierten Lebenszusammenhängen ist das Modell ohnehin nicht praktikabel. Sie erledigen die unbezahlte Care-Arbeit oft auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung. Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt vollzog sich in den letzten Jahrzehnten vor allem über die Ausweitung von Teilzeitarbeitsverhältnissen und ungeschützten (prekären) Arbeitsverhältnissen. Und dort wo frau (oder man) vom Ertrag der Arbeit einigermassen leben könnte, wird nur ganz selten geteilt. Die meisten Teilzeit arbeitenden Frauen arbeiten im Dienstleistungssektor (oft auch dort mit hohem Anteil an Care-Arbeit) und vor allem in Bereichen mit hohem Leistungsdruck und einem nicht existenzsichernden Einkommen.

## Wer pflegt uns, wenn wir alt sind?

Das ist schon länger eine der grossen Zukunftsfragen. Der Bereich der Altenpflege ist fast zu hundert Prozent Frauensache, egal ob in der professionellen Altenpflege, in der Familie oder in der ehrenamtlichen Gratisarbeit. Der Bedarf an AltenpflegerInnen ist angesichts der demografischen Entwicklung gross, weitere «Ehrenamtliche» sind nur schwer zu gewinnen. Versicherungspflichtige Stellen für ausgebildete Pflegekräfte werden abgebaut oder durch Mini-Jobs mit Niedriglöhnen ersetzt; wer bleibt, ist überlastet. Staat und Wohlfahrtsverbände suchen nach Lösungen, um Kosten zu sparen, vor allem Personalkosten. Arbeitsdienste im Sinne von sozialen Pflichtjahren werden immer wieder diskutiert, wären aber ohne Verfassungsänderung schwer durchzusetzen, denn das Grundgesetz Artikel 12 gebietet: «Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, ausser im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.» Wie mit den «neuen» Problemen fertig werden?

Mit Inkrafttreten des «Gesetzes zur Änderung wehrrechtlicher Vorschriften (Wehrrechtsänderungsgesetz, WehrRÄndG 2011) am 1. Juli 2011 ist die Wehrpflicht in der BRD ausgesetzt. Damit entfällt auch der Zivildienst,

der sich zu «einer tragenden Säule des deutschen Wohlfahrtsstaates entwickelte» (Anheier u. a. 2012, 4). Keine Pflichtdienste mehr – das ist ein Grund zur Freude. Aber: Bundesfamilienministerin Kristina Schröder – und nicht nur sie – erwartete eine soziale Katastrophe, vor allem in der Altenpflege, denn das war einer der Haupteinsatzbereiche der rund 90 000 Zivildienstleistenden. Neben den freiwilligen Wehrdienst tritt daher der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Jugendfreiwilligendienste gibt es schon lange; dazu zählen das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr sowie entwicklungspolitische Freiwilligendienste wie «weltwärts» für junge Männer und Frauen. Die Freiwilligendienste unterscheiden sich vom klassischen «Ehrenamt», indem «Freiwillige» sich für einen bestimmten Zeitrum verpflichten, ein bestimmtes Stundenkontingent pro Woche abzuleisten.

Seit Langem wird in der Bundesrepublik darüber diskutiert, wie die übrigen Freiwilligendienste in verbindlichere und verlässlichere Strukturen gebracht und auf personell unterversorgte Arbeitsbereiche konzentriert werden können, ohne dass sie dann dem Vorwurf eines Pflichtdienstes ausgesetzt sind. Im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitswesen und besonders in der Altenhilfe und -pflege bestand auch vor der Verkürzung und späteren Aussetzung des Zivildienstes eklatanter Personalmangel, weil weder Markt noch Staat diese Arbeiten regulär bezahlen wollen. Bereits 2005 wurde ein Generationsübergreifender Freiwilligendienst (GÜF) erprobt. Damals sollten sich die Freiwilligen mindestens acht Stunden pro Woche für mindestens ein halbes Jahr verpflichten, 2009 kamen der Freiwilligendienst für alle Generationen (FDaG) und die «Mehrgenerationenhäuser» als Engagementfelder hinzu.

## «Nichts ist erfüllender, als gebraucht zu werden»

Mit diesem Slogan hat das Familienministerium auf Grossplakaten für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) geworben, der durch das Bundesfreiwilligendienstgesetz geregelt wird. Das Bundesamt für Zivildienst, das in Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben umbenannt wurde, soll überprüfen und sicherstellen, dass durch den BFD keine regulären Arbeitsplätze vernichtet werden und die pädagogische Betreuung eingehalten wird. Die «freiwillige» Verpflichtung, für die Männer und Frauen aller Altersklassen, soweit sie die Schulpflicht abgeleistet haben, angeworben werden, dauert mindestens 6 und höchstens 18 Monate, umfasst 40 Stunden in der Woche für unter 27-Jährige und mindestens 20 Wochenstunden für Ältere. Ausländische MitbürgerInnen sind eingeschlossen. Die «neue Freiwilligenarbeit» wird in soziale und ökologische Bereiche, Sport, Integration und Kultur vermittelt. Schwerpunkte sind die Kinder- und Jugendbetreuung und die Altenbetreuung und -pflege. Teilnehmer

am BFD sind während dieser Zeit grundsätzlich Mitglied in der gesetzlichen Renten-, Unfall-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Sie erhalten ein Taschengeld, das derzeit monatlich maximal 336 Euro bei einer Vollzeitbeschäftigung betragen darf. «Bufdis» (Ministerin Schröder) erhalten unentgeltliche Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung. Die grossen Wohlfahrtsverbände sind beteiligt. Sie bekommen 200 Euro Zuschuss, wenn sie eine Stelle einrichten. Gut 35 000 Bundesfreiwillige sind seit dem Frühjahr 2012 im Einsatz (Anheier 2012).

Seit dem 1. Januar 2012 lohnt sich auch für Hartz-IV-Empfänger eine «Stelle» im BFD: anstatt vorher 60 Euro dürfen sie nun 175 Euro zusätzlich zu ihren Hartz-IV-Bezügen vom Taschengeld behalten und sind während des BFD nicht verpflichtet, eine Arbeit aufzunehmen. Das ist für viele Langzeiterwerbslose und arme RentnerInnen viel Geld. Im Bundestag wird bereits darüber sinniert, ob «Freiwillige» Ehrenamtliche oder LohnempfängerInnen, also Arbeitskräfte seien.[5] In der Antwort der Bundesregierung (17/9247) vom 2.4.2012 auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion geht es um die steuer- und sozialrechtliche Behandlung der Leistungen beim Bundesfreiwilligendienst. *Die Linke* will erreichen, dass Bufdis ausreichend entgolten werden, auch um zu verhindern, dass «der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ein verkappter Niedriglohnsektor wird».

Die Bundesregierung sieht in den Freiwilligendienstleistenden dagegen «keine Arbeitskräfte im eigentlichen Sinne» und wertet es als Erfolg ihrer Politik, «dass sich derzeit mehr als 85 000 Menschen freiwillig und ehrenamtlich, d.h. unentgeltlich in einem gesetzlich geregelten Freiwilligendienst engagieren». Anreizdefizite beim Bundesfreiwilligendienst, weil die Bufdis niedriger entlohnt werden als die Freiwilligen Wehrdienstleistenden (FWD), sieht die Bundesregierung nicht. Tragender Grund für die Entscheidung, an einem Freiwilligendienst teilzunehmen, sei der Freiwilligendienst selbst. Er stelle «eine Bereicherung für jeden Freiwilligen und jede Freiwillige dar», so die Bundesregierung.

## Fliessende Übergänge zwischen unbezahlter und bezahlter Arbeit

«Zeit, das Richtige zu tun» war ebenfalls ein Slogan auf den teuren Werbeplakaten für den BFD. Was aber ist «das Richtige»? WohlfahrtsexpertInnen wiesen schon lange vor der Reduzierung bzw. dem Abbau des Zivildienstes immer wieder darauf hin, dass es um die Zukunft der Pflege älterer Menschen in Deutschland nicht gut bestellt ist. Im Sozialbereich und vor allem in der Altenpflege müssten mehr qualifizierte sozialversicherungspflichtige «reguläre Arbeitsplätze» geschaffen werden. Gemeinsinn und sozial kompetentes Verhalten können ebenso wenig erzwungen werden wie Solidarität. «Auf gute Pflege haben alle ein Recht, sie darf nicht arm machen», sagt das Bündnis für Pflege, in dem sich verschiedene Verbände, darunter

auch grosse Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaft ver.di, zusammengeschlossen haben, die die aktuelle Situation nicht länger hinnehmen wollen. Sie fordern massgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige, Unterstützung und Anerkennung für Angehörige, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und gerechte Finanzierung.[6]

Mit der Förderung des BFD fährt der Zug in die entgegengesetzte Richtung – und die eben ausgehandelten, ohnehin schon niedrigen Mindestlöhne von 8,50 Euro für die Pflegebranche können dadurch leicht umgangen werden. Zwar gebietet das Gesetz eine arbeitsmarktneutrale Ausgestaltung – das heisst, die Freiwilligen sollen lediglich «unterstützende, zusätzliche Tätigkeiten verrichten» und keinesfalls hauptamtliche Kräfte ersetzen. Eine Abgrenzung dürfte in der Praxis jedoch schwerfallen. Arbeitsplatzbeschreibungen gibt es nicht, genauso wenig existiert eine Definition dieser Art von Stellen.

Die Beschränkung auf «unterstützende Tätigkeiten» ist nicht unproblematisch. Denn wenn damit zwischenmenschliche emotionale Zuwendung für Kranke, Kinder, Alte oder andere der Hilfe Bedürftige gemeint ist, so sind das Tätigkeiten, die früher integraler Bestandteil der Berufe von Altenpflegerinnen, Krankenschwestern, Erzieherinnen oder Sozialarbeiterinnen waren. Die Monetarisierung der ehrenamtlichen Arbeit ist nicht wirklich neu. In der durch Wohlfahrtsverbände organisierten Nachbarschaftshilfe, aber auch im Sport und in anderen Bereichen werden oft Aufwandsentschädigungen gezahlt, die den Übergang des ursprünglichen Gratisengagements in den Niedrig- und Niedrigstlohnsektor schon lange markieren. Sie kommen die Einrichtungen billiger zu stehen als das Schaffen von regulären Arbeitsplätzen. So besteht die Gefahr, dass die soziale Grundversorgung wesentlich durch eine zu Niedrigstlöhnen beschäftigte Randbelegschaft aus Freiwilligen unterstützt wird.

## Ein Nebeneinander unterschiedlichster Arbeitsformen

In den wohlfahrtsstaatlichen Tätigkeitsbereichen, besonders im Erziehungs- und Altenbereich besteht schon immer ein Nebeneinander unterschiedlichster Arbeitsformen. Sie reichen vom gut bezahlten Geschäftsführer oder Psychologen über Beamte, Angestellte in unterschiedlichsten Funktionen, Aushilfs- und Honorartätigkeiten, freie Mitarbeit, Selbständige (oft arbeiten auch sie prekär), im Nebenberuf Tätige, Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmassnahmen (ABM) sowie geringfügig Beschäftigte bis zu Mini-JobberInnen, Zivildienstleistenden, LeiharbeiterInnen und SchwarzarbeiterInnen. In vielen sozialen Einrichtungen, in Projekten im Gesundheitsbereich, aber auch in kulturellen und soziokulturellen Zentren sind oft mehr als die Hälfte der Beschäftigten «ganz ohne Geld» tätig. Viele Vereine und vor allem Selbsthilfeorganisatio-

nen arbeiten schon lange «rein ehrenamtlich» (Notz 1989, 108ff.); Vorstände fungieren in den Vereinen und Trägerinitiativen stets im Rahmen eines ehrenamtlichen Status. Viele Vereine klagen über Nachwuchsmangel.

Seit dem 1.1.2005 kamen im Rahmen von Hartz IV «1-Euro-Jobber» auch in sozialen und kulturellen Einrichtungen hinzu. Was früher scheinbar unbezahlbare Arbeit war, wurde zu «Arbeitsgelegenheiten», mit dem billigsten Stundenlohn abgegolten und obendrein mit Arbeitspflicht belegt. «Was ich kann, ist unbezahlbar. Tun, was man will, und nicht, was man muss. Mit freiwilliger Arbeit.» Das war einmal ein Slogan zur bundesdeutschen Kampagne zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001. Seitdem entstanden neue Unterschichtungen zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen, zu denen auch die Bürgerarbeiter und nun die BFDlerInnen zählen.[7] Das ist problematisch sowohl für die NutzerInnen und AdressatInnen der ehrenamtlichen Arbeiten als auch für die Beschäftigten und für die bürgerschaftlich Engagierten und führt zu Konkurrenz zwischen den ohnehin schon heterogenen Beschäftigtengruppen (vgl. Notz 2005, 145ff.).

## Fehlende Kindertagesstätten – stattdessen Betreuungsgeld?

Bis 2013 sollen in der BRD für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Damit soll Müttern und Vätern nicht nur «Care» abgenommen werden, sondern den Kindern ein pädagogisches Angebot zugute kommen, das ihnen kaum ein Elternhaus zur Verfügung stellen kann. Während aktuell Mütter und Väter ab dem dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben, wird dieser Anspruch ab 2013 auf alle Kinder über einem Jahr ausgedehnt. Der tatsächliche Ausbau einer öffentlichen Care-Infrastruktur jedoch bleibt aus und ist weiterhin Gegenstand einer emotional geführten Diskussion zwischen verschiedenen politischen, kirchlichen und familienpolitischen Zusammenschlüssen. Allein in Berlin fehlen rund 19 000 Kita-Plätze, und jährlich müssten zwischen 500 und 800 neue Kita-PädagogInnen gefunden werden.[8] Dabei hätte der Ausbau der Infrastruktur für die frühkindliche Betreuung durchaus einen volkswirtschaftlichen Nutzen und die Nachfrage wird weiter zunehmen.

Eine im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellte Studie hat die Bildungseffekte bei Krippenkindern langfristig bewertet (Fritschi/Oesch 2008). Untersucht wurde der Einfluss der Nutzung frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote auf den späteren Schulbesuch der Kinder und auf die zu erwartenden Lebenseinkommen der zwischen 1990 und 1995 geborenen Kinder. Die Wissenschaftler gehen von einem Szenario aus, in welchem 35 Prozent der Kinder eines Jahrgangs eine Krippe besucht hätten. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bildung der Eltern den grössten Ein-

fluss auf den besuchten Schultyp hat und der Bildungsstand in einem hohen Mass «vererbt» wird. Für die Kinder «erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, wenn sie eine Krippe besucht haben» (Ebd., 4) um rund zwei Drittel. Für sie wird die «Vererbung» ausser Kraft gesetzt. Aber auch die «nicht benachteiligten Kinder» haben einen Vorteil, denn nach einem Krippenbesuch gehen auch von ihnen fast zwei Fünftel mehr aufs Gymnasium, als wenn sie zu Hause betreut werden. Die Studie stellt fest, dass der deutschen Volkswirtschaft ab 2009 für die sechs untersuchten Jahrgänge insgesamt ein Nettonutzen in Höhe von 12,6 Milliarden Euro entgeht (Ebd., 7), weil die Care-Arbeit nicht in breitem Masse vergesellschaftet wurde. Dabei wurden die Kosten für den notwendigen Ausbau der Krippen einberechnet.

Über den Sinn von Kosten-Nutzen-Analysen in diesem Bereich mag man sich streiten. Aus einer ähnlich angelegten Studie für Österreich vom Mai 2012 geht hervor, dass Kindertagesstätten den Kindern Erfahrungen ermöglichen, die sie für die Entwicklung benötigen, vor allem für die Entwicklung sozialer Fähigkeiten, aber auch der Motorik und der musischen Fähigkeiten (Schneider/Dreer 2012). Ganz besonders wichtig aber waren die täglichen Erfahrungen mit anderen Kindern. In der Studie heisst es: «Täglich mehrstündige Spielgelegenheiten mit anderen Kindern können die wenigsten Familien ihrem Kind noch bieten. Es klingt hart, ist deshalb aber nicht weniger wahr: Auch die beste Mutter kann kein Kinderersatz sein.» (Largo/Beglinger 2010, 225) Das ist eine Binsenweisheit. Bei der Bundesfamilienministerin ist sie noch nicht angekommen. Sie findet, dass «die Zukunft der Familie (...) von zu wenig Gestaltungsfreiheit bei der Verteidigung des familiären Schutzraums gegen die (...) Logik unserer Arbeitswelt» bedroht ist (Schröder/Waldeck 2012, 151).

Sie und die Spitze der Unionsfraktion wollten das auch koalitionsintern umstrittene Betreuungsgeld noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschieden lassen.[9] Danach sollen Eltern ab 2013 eine finanzielle Leistung erhalten, wenn sie für ihre Kinder zwischen dem 13. und 36. Lebensmonat kein staatlich gefördertes Angebot in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter in Anspruch nehmen. Am 13. Juni 2012 verabschiedete das Kabinett den Gesetzentwurf. Vor der ersten Lesung am 15. Juni 2012 wurde die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit beendet. Spiegel online schrieb von einer «Attacke gegen das Betreuungsgeld». Es sollte ab 2013 zunächst für Kinder im zweiten Lebensjahr 100 Euro monatlich betragen. Von 2014 an sollten auch die Kinder im dritten Lebensjahr einbezogen und der Betrag für alle auf 150 Euro monatlich erhöht werden. Der Ausgang ist ungewiss. Die CSU wirbt weiter für ihr Konzept.

Wird das Betreuungsgeld durchgesetzt, bräuchte die Republik auch weniger Kita-Plätze. Zahlreiche Studien belegen, dass das Betreuungsgeld,

das bei Nichtinanspruchnahme einer Kita gezahlt werden soll, bildungs-, integrations- und gleichstellungspolitisch in die Sackgasse führt. Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie zahlreiche Familien- und Frauenverbände haben sich wiederholt eindeutig gegen die «Herdprämie» ausgesprochen. Das Betreuungsgeld dient nicht – wie propagiert – der Wahlfreiheit, weil Wahlmöglichkeiten in Form von Ganztagsbetreuung für Kinder nur unzureichend zur Verfügung stehen. Durch den Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit von vor allem Frauen nach der Geburt eines Kindes verfestigt sich in der Kleinfamilie das traditionelle Muster der Mutter- und Hausfrauenrolle einerseits und der Vater- und Erwerbsarbeitsrolle andererseits. Alleinerziehende und andere Menschen, die ausserhalb der Kleinfamilie leben, sowie alle Eltern, die ihre Kinder in Einrichtungen betreuen lassen, weil sie einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen und weil sie es als notwendig und richtig erachten, dass Kinder von ausgebildeten Bezugspersonen profitieren und im Miteinander soziale Kompetenzen erwerben können, werden diskriminiert.

## Notwendige Umgestaltung der Arbeitswelt

Konstruktive Kritik an traditionellen Wirtschaftskonzepten und an der kapitalistisch-patriarchalen Arbeitsgesellschaft kann nur mit Bezug auf eine Zielvorstellung, eine Vorstellung vom anderen, besseren Leben und von sinnvoller Lebens-Arbeit erfolgen. Blosses Hinzufügen von «Care» als Bestandteil kapitalistischer Lohn- oder Gratisarbeit reicht nicht.

Für das Kapital ist die prekäre Arbeit einschliesslich der monetarisierten «Freiwilligenarbeit» äusserst nützlich, vor allem beim Lohndrücken. Alle prokapitalistischen Parteien und leider auch führende Gewerkschafter (in der BRD) drücken sich vor der Aufgabe, die Forderung nach radikaler Verkürzung der Wochenarbeitszeit der in Vollzeit Beschäftigten zu stellen. Das wird aber unverzichtbar sein, wenn Erwerbsarbeit und bezahlt wie unbezahlt geleistete Care-Arbeit gleichmässiger auf alle verteilt werden sollen.

Es geht um die Beendigung der Deregulierung, die Beseitigung der prekären Arbeitsbedingungen und die Neugestaltung von Arbeit und Tarifrecht. Es geht auch um die Neuverteilung und Neubewertung von Arbeit. Ebenso um sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und möglichst selbstbestimmte Arbeit in allen Arbeitsbereichen. Wir brauchen gesetzlich festgelegte Mindestlöhne und – solange es Erwerbslosigkeit und Ausgegrenzte gibt – eine Mindestabsicherung, die keinen diskriminierenden Charakter hat, und Mindestrenten für die Älteren. Notwendig wird die Bereitstellung pädagogisch und pflegerisch wertvoller Infrastruktur für Kinder und für Menschen, die sich nicht (mehr) oder noch nicht selbst helfen können. Angesichts der Internationalisierung der Wirtschaft wird die Verständigung

über weltweite Mindeststandards notwendig. Arbeit muss wieder als Ort der Kommunikation und Kooperation, der gesellschaftlichen Partizipation und der Möglichkeit zum solidarischen Handeln verstanden werden. Dann könnten auch durch «Care» politisch-kritische Potenziale entfaltet werden. Schliesslich geht es um die Aufhebung der entfremdeten Arbeit in allen Arbeitsbereichen und um die Teilhabe von Männern und Frauen am ganzen Leben.[10]

Es gilt der ganz grundlegenden Frage nachzugehen, wie und mit welcher Zielvorstellung wir in der Zukunft (zusammen) leben und (gemeinsam) arbeiten wollen. Es kann dabei nicht um Arbeit um jeden Preis gehen, sondern darum, was und wie viel unter welchen Bedingungen mit wem und für wen produziert werden soll. Ziel ist eine Arbeitswelt, die so gestaltet ist, dass Erwerbsarbeit, Hausarbeit und die Arbeit im sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen und gemeinwesenorientierten Bereich kollektiv organisiert und gleich wichtig sind und Arbeitslast und Verantwortung gleichermassen auf Männer und Frauen verteilt sind. Wunschvorstellung ist es, alle diese Arbeiten zeitlich, räumlich und inhaltlich in Einklang zu bringen und damit die Trennung zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen und der «Nichtarbeit» aufzuheben. Ansätze für eine so organisierte Arbeit finden sich heute bereits in Betrieben und Projekten der Alternativ- und Genossenschaftswirtschaft.[11]

### Anmerkungen

1 Der Beginn der Neuen Frauenbewegungen der 1970er-Jahre wird zu Recht oft mit der Rede der späteren Filmemacherin Helke Sander gleichgesetzt, die sie am 13.9.1968 auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt a. M. gehalten hat.

2 Vor 2000 Deutsche Hausfrauengewerkschaft (dhg).

3 Vgl. www.dhg-vffm.de/p/modules/freecontent/index.php?id=11 (Abfrage 13.6.2012).

4 Karl Marx formulierte diese Trennung eindeutig: «Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äussere Zweckmässigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.» (MEW, Bd. 25, Berlin 1978, 828)

5 Aktive Bürgerschaft aktuell. Nachrichtendienst Bürgergesellschaft, Ausgabe 122, April 2012, 1.

6 www.buendnis-fuer-gute-pflege.de/die-kampagne/hintergrund/ (Abfrage 11.5.2012).

7 Bürgerarbeit kann von Arbeitslosengeld-II-Beziehern ebenfalls nicht abgelehnt werden, ist also Pflichtarbeit. Weitere Informationen zur Bürgerarbeit: www.esf.de/portal/generator/13856/programm__buergerarbeit.html (Abfrage 16.2.2012).

8 Dies geht aus einer parlamentarischen Anfrage an den Senat hervor. Siehe taz vom 14.6.2012, 17.

9 www.spiegel.de/politik/deutschland/betreuungsgeld-familienministerium-droht-laendern-vor-klagen-a-837774.html (Abfrage 14.6.2012).

10 Vgl. auch Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt, Stuttgart 2011.

11 Siehe das Beispiel der Kommune Niederkaufungen: ebd., 145–151. In dieser aus 80 Personen bestehenden Kommune werden, wie in einigen anderen auch, alle Arbeiten

gleich bewertet. Es gibt keine herkömmliche Haus-, Erziehungs- oder Familienarbeit. Hausarbeit, Kinderbetreuung und Altenarbeit sind arbeitsbereiche wie die Werkstätten und die Verwaltung auch. Der Gegensatz von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist aufgelöst.

## Literatur


Anheier, Helmut K. u. a., 2012: Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst. Erste Erkenntnisse einer begleitenden Untersuchung, Berlin/Heidelberg

Biesecker, Adelheid/Winterfeld, Uta von, 1998: Vergessene Arbeitswirklichkeiten. In: Bierter, Willy/Winterfeld, Uta von (Hg.): Zukunft der Arbeit – welche Arbeit? Berlin/Basel/Boston, 32–51

Braun, Lily, 1979: Die weiblichen Dienstboten. In: Brinker-Gabler, Gisela (Hg.): Frauenarbeit und Beruf. Frankfurt a. M.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2006: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Siebter Familienbericht, DS 16/1360 vom 26.4., Berlin

Dokumentation der ersten Sommeruniversität für Frauen 1977. Berlin

Engels, Dietrich/Leucht, Martina/Machalowski, Gerhard, 2005: Systematische Evaluation der Erfahrungen mit den neuen Gesetzen zur «Förderung von einem freiwilligen sozialen Jahr bzw. einem freiwilligen ökologischen Jahr». Abschlussbericht, Köln/Berlin

Fritschi, Tobias/Oesch, Tom, 2008: Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Gütersloh

Hochschild, Arlie R., 1990: Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt a. M.

Kontos, Silvia/Walser, Karin, 1979: Weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit. Gelnhausen/Berlin/Stein

Largó, Remo H./Beglinger, Martin, 2010: Schülerjahre: Wie Kinder besser lernen. München

Leipert, Christian/Opielka, Michael, 1998: Erziehungsgehalt 2000 – Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Institut für Sozialökologie, Bonn

Madörin, Mascha, 2001: Care-Ökonomie – ein blinder Fleck in der Wirtschaftstheorie. In: Widerspruch, Heft 40, Zürich, 41–45

Madörin, Mascha, 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz Jahrbuch 2007, Zürich, 147–162

Madörin, Mascha, 2012: Wir können zwar immer schneller Autos produzieren, aber nicht schneller Alte pflegen oder Kinder erziehen. In: FrauenRat, Heft 2

Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1978: MEW, Bd. 25, Berlin

Mersch, Peter, 2006: Die Familienmanagerin. Kindererziehung und Bevölkerungspolitik in Wissensgesellschaften. Norderstedt

Metz, Ursula, 1998: Was ist Arbeit? – Überlegungen zum Vergleich von Erwerbstätigkeit und Erziehungs- bzw. Familienarbeit. Vortrag anlässlich der Sitzung des Deutschen Landfrauenverbandes, Ausschuss «Familien und Gesellschaftspolitik», November 1998 in Bonn (Manuskript)

Notz, Gisela, 1987: Arbeit ohne Geld und Ehre. Opladen

Notz, Gisela, 1989: Frauen im sozialen Ehrenamt. Freiburg i. Br.

Notz, Gisela, 1991: «Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann». Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn

Notz, Gisela, 2004: Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie. Frankfurt a. M., 3. Aufl.

Notz, Gisela, 2005: Arbeit – mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt. Berlin, ver.di

Notz, Gisela, 2011: Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt. Stuttgart

Schilliger, Sarah, 2009: Who cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. In: Widerspruch, Heft 56, Zürich, 93–106

Schneider, Friedrich/Dreer, Elisabeth, 2012: Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich. Linz

Scholz, Roswitha, 2000: Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorie und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Unkel

Schröder, Kristina/Waldeck, Caroline, 2012: Danke, emanzipiert sind wir selber! Abschied vom Diktat der Rollenbilder. München/Zürich

Senghaas-Knobloch, Eva, 2008: Zeit für fürsorgliche Praxis. Pflegeethos und Erfahrungen von Frauen und Männern in Pflegeberufen. In: Senghaas-Knobloch, Eva/Kumbruck, Christel (Hg.): Vom Liebesdienst zur liebevollen Pflege. Rehburg-Loccum, 77–94

**Wer verändert die Welt, wenn nicht die betroffenen Menschen?**

**Für die Solidarität mit sozialen Befreiungskämpfen:**

**SOLIFONDS**

**Quellenstr. 25, 8031 Zürich**
**Tel. 044 272 60 37,**
**mail@solifonds.ch, www.solifonds.ch,**
**PC 80-7761-7**